

Neue Zürcher Zeitung

ÖVP-Nudging für Bern

Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) will den Dialog zwischen Brüssel und Bern wieder in Gang bringen. Am Kongress der Europäischen Volkspartei in Rotterdam soll eine Resolution verabschiedet werden.

Christina Neuhaus

18.10.2021, 15.35 Uhr



Elisabeth Schneider-Schneiter, CVP-BL, spricht während der Sommersession der Eidgenössischen Räte, am Montag, 15. Juni 2020 im Nationalrat in einer Ausstellungshalle von Bernexpo in Bern. Damit das Parlament die vom Bundesrat verordneten Verhaltens- und Hygieneregeln zur Bekämpfung der Covid-19 Coronavirus Pandemie einhalten kann, findet auch die Sommersession in Bernexpo und nicht im Bundeshaus statt. (KEYSTONE/Anthony Anex)

Anthony Anex / Keystone

Irgendwie hat die Schweizer Europapolitikerin Elisabeth Schneider-Schneiter (Mitte) ihre politischen Verbündeten in Österreich dazu gebracht, sich für die Schweiz einzusetzen. Die Idee kam ihr offenbar an einem Treffen der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament.

Anzeige

Wie die Schweizerische Depeschagentur (SDA) am Montag gemeldet hat, hat die Österreichische Volkspartei (ÖVP) nun bei der Europäischen Volkspartei (EVP) den Antrag auf eine Resolution eingereicht. Inhalt: Bern und Brüssel sollten mit aller Kraft versuchen, einer weiteren Verschlechterung ihrer Beziehung entgegenzuwirken. Der Appell soll am Kongress der EVP vom 17./18. November in Rotterdam verabschiedet werden.

Wörtlich steht in der Resolution: «Die EVP ist der Meinung, dass die aktuelle Situation den europäischen Standort massiv schwächt. Sie fordert alle Akteure auf, umgehend nach Lösungen zu suchen. Die EVP bedauert, dass es nicht möglich war, für beide Seiten akzeptable Lösungen für die offenen Fragen zu finden, um das Abkommen zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.»

Sie stelle mit grosser Besorgnis fest, dass das Scheitern eines Konsenses über die institutionelle Rahmenvereinbarung die Aktualisierung der bestehenden Marktzugangsvereinbarungen beeinträchtigt. Das habe sowohl für Unternehmen in der EU als auch in der Schweiz für Rechtsunsicherheit gesorgt.

Das Scheitern der Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen habe zu einer Situation geführt, die den Europäischen Standort massiv schwäche. Die EVP nehme diese Entwicklung mit «grosser Sorge» zur Kenntnis.

Anzeige

Beide Seiten hätten doch ein grosses Interesse an einer Assoziierung der Schweiz an die EU-Programme Horizon Europe – inklusive Euratom und Iter – aber auch Digital Europe und Erasmus plus: «Ein starker Forschungs- und Bildungsstandort in Europa darf die Schweiz nicht ausschliessen.»

An die Schweiz richtet die EVP die Erwartung, dass der von Bern angekündigte Dialog bald eine Strategie sowie einen Zeitplan aufzeigen werde. An die EU gerichtet, fordert die EVP, dass diese «pragmatische Lösungen um eines starken europäischen Binnenmarktes willen unterstützt». Beide Seiten sollten eine Verschlechterung der bilateralen Beziehungen vermeiden und nach Lösungen suchen.

Die EVP wurde 1976 von mehrheitlich christlich-demokratischen Parteien gegründet. Die Schweizer Mitte-Partei ist Mitglied der EVP. Sie beschreibt sich selbst als «Mitte-rechts-Fraktion». Ihr Ziel sei, «ein wettbewerbsfähigeres und demokratischeres Europa zu schaffen, in dem die Menschen so leben können, wie sie wollen».